

# Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

## Unparteiische

**Verlagspreis** in der Stadt frei Haus monatlich M. 5.—, für Abholer M. 4.90, durch auswärtige Boten 5.50 M., monatlich; bei Postbestellung monatlich M. 6.—, frei Haus. Erscheinung wöchentlich nachmittags. Einzelnnummer 25 Btg. Postfach-Konto Leipzig 16 654. Geschäftsstelle Hälterstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet.

**Anzeigenpreis** Der Tag. Mittw. Zeitraum 30 Btg. und der Tag. Mittw. Restraum M. 1.—. Die lautende Monatsanmeldung wird vom Restraum auf keine Anzeigen in Zahlung angenommen. Abdruckgebühr 50 Btg., Verze besonders. Norm. Anzeigensatz 11 Uhr vorm. Restzeit 10 Btg. Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet.

## Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 57.

Wittwoch, den 9. März 1921

161. Jahrgang.

### Tageschronik

**Befangenheitsaufwand und Streikverbot in den neuereichten Gebieten.**  
Der Reichsanwalt protestiert im Reichstag gegen den feindlichen Einmarsch.  
Die Beschlagnahme der Röhre im Rheinland angeordnet, heute Beratungen des Reichstages mit Dr. Simons.  
Wahlmünzung in England über den Abbruch der Londoner Konferenz.  
Biolan unterbreitet in Washington die „besonderen Wünsche Frankreichs“.  
Wohin hat sich 50 000 deutsche Eisenbahnwagen verbergt? liegt angefallen.  
Schwere Straßenkämpfe in Petersburg; ein Teil der Stadt in Flammen?  
Der spanische Ministerpräsident ermordet.

### Dr. Simons trifft heute Abend in Berlin ein.

Beratungen im Kabinett und in den auswärtigen Ausschüssen.

Wie aus London gemeldet wird, hat Minister Simons und die Mitglieder der deutschen Delegation gestern Mittag 2 Uhr über die Reise nach Berlin abgereist. Sie werden heute Nachmittag in Berlin erwartet. Die Nachricht, daß während der Nacht zum Dienstag in London noch Beratungen der deutschen und alliierten Sachverständigen stattgefunden hätten, trifft nach Mitteilung von ausländischer Seite nicht zu.

Heute Abend findet in Gegenwart des zurückgekehrten Dr. Simons eine Sitzung des Reichstages statt. Vor der großen politischen Aussprache im Reichstag werden die auswärtigen Ausschüsse des Reichstages und des Reichstages gehört werden.

### Die Vorkämpfer in den Ententestaaten nach Berlin berufen.

Die deutschen Vorkämpfer in London und Paris sowie der Schweiz in Brüssel sind nach Berlin berufen worden.

### Die ersten wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen.

Widerrechtliche Beschlagnahme der Röhre.

Paris, 8. März. (Sta. Deutsch.) Die Rheinlandkommission hat mit sofortiger Wirkung zwei neue Ordonanzen, Nr. 76 und 77, erlassen. Nach Verordnung 76 tritt die Telegraphen- u. Telephonzensur während eines Zeitraumes von 8 Tagen, die immer wieder um dieselbe Zeit verlängert werden kann, in Kraft. Ebenso stehen die Nachrichten der Presse, die sich auf Bewegungen der Truppen beziehen unter Verbot.

Die Verordnung 77 bestimmt, daß die an der deutschen Westgrenze erhobenen Zölle beschlagnahmt werden. Bis auf weiteres werden die bisherigen Zollsätze erhoben. Der Verfall der Verträge gibt dazu keine Handhabe. Die Zollverwaltung des deutschen Ein- und Ausfuhrzollens und der Dienst zur Verhütung der Kapitalflucht, der im besetzten Gebiet eingerichtet ist, wird dem Befehl der Rheinlandkommission unterstellt.

### Die Ententetruppen in Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg.

Unterstützung Ruhe der Bevölkerung.

Düsseldorf, 8. März. Der Einmarsch der belgischen, französischen und englischen Truppen begann gestern in den ersten Morgenstunden, während dieser über der Stadt Brüssel. Die Belgier besetzen die Kasernen im nördlichen Stadtteil. Im Dorf waren nur „Sicherungs“ leichte Kräfte angesetzt. Die Rheinbrücke und der Fernsprechverkehr mit dem niederländischen Stadteil sind mit Grotzschiffen abgesperrt. Der Hauptbahnhof und die Wasserbahnhöfe waren vorübergehend besetzt, doch wurden dort Kasernen angeordnet, ebenso in der Stadt Untermarktstraße für die Militärpolizei. Die holländische Sicherheitspolizei wurde angeschlossen. In der Kunstakademie, in sonstigen öffentlichen Gebäuden und im Park

hotel wurden verschiedene Räume besetzt. Auf den Wunsch des Generals Dequouh fand mittags 12 Uhr in der Kunstakademie eine Besprechung mit dem Oberbürgermeister und den Spitzen der Verwaltungsbehörden statt, an der auch ein englischer u. ein belgischer General teilnahmen. Dequouh erklärte, die Alliierten betrachteten die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort nicht als eine militärische Aktion, sondern als eine Mission der Zivilmacht. Heute Nachmittag werde der Befehl zur Besetzung der Röhre erteilt. Oberkommandierender ist Dequouh, der aber kein Stabsquartier in Mainz bezieht. Es wurde weiter erklärt, Dequouh hoffe, daß in kurzer Zeit wie in Mainz Gefangenen genommen werden könnten. Die Besetzung des Landeshauptmanns Dr. von Neuwers, ob der Provinzialparlament am 30. März stattfinden könne, soll morgen beantwortet werden. Dem Rheinlandspräsidenten wurde erklärt, daß wenn der holländische Schutzpolizei nähere Verfolgung ergehen werde. Im Falle, daß in viele Mannschaften vorhanden seien, müßten die überflüssigen abziehen; vorläufig ließe alles beim alten. Die Bevölkerung benahm sich bisher in aller Ruhe, obwohl überall eine starke innerliche Erregung Platz griff. Theater und Kino sind geschlossen.

Duisburg, 8. März. Die Wohnheimverträge ist mit Belgien befreit. Die Röhre am linken Rheinbrücke verkehren nicht mehr. Die deutsche Röhre ist gesperrt, so daß die Kruppischen Arbeiter aus Rheinhausen nicht zurück können. Auf der Duisburger Seite lauern vor der Rheinbrücke Truppen aller Gattungen. Auf der Brücke an der Mannheimer Straße stehen Maschinenabwehr, 5-6 Panzer. Duisburg ist heute feindlich. Ruhrort wurde von 3 Kompanien belgischer mit Panzerartillerie besetzt. Die Röhre werden in Duisburg angehalten und dürfen nicht ins besetzte Gebiet weiter fahren.

### Die militärischen Folgen der wirtschaftlichen Sanktionen.

Ueber diese Frage äußert ein Vertreter des Reichsrohstoffkommissars in der „R.“, der Duisburger Ruhrorter Hafen sei bereits bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit für Kohlentransporte beansprucht. Behindert nun die militärische Besetzung und die angeforderte Kohlenmenge, so genügt der kleinste Anfall, um die gesamten Kohlentransporte ins Stocken zu bringen. Weiter würden die Kohlenabnahmen zu Wasser und zu Lande stehen bleiben. Hierunter läßt nicht nur die Inlandsverteilung, sondern auch die Kohlenlieferungen an die Entente würden wesentlich erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Besonders gefährdet ist die Kohlenversorgung Süddeutschlands. Die Kohlenmenge am Rhein wirkt schon ihre Schatten voraus. Bei einem großen Rhein im besetzten Gebiet wurde bereits im Hinblick darauf ein Industrieantrag im Werte von 60 Millionen Mark zurückgezogen. Natürlich wird dies auch die schwersten Folgen für die Arbeiterschaft des Berges haben.

### Keine Blockade der deutschen Küste?

Samborn, 9. März. Gestern Abend kam ein kleiner englischer Kreuzer von See in die Elbmündung, um durch den Kanal nach der Schlei zu gehen. Der Kommandant demontierte dem Kreuzer gegenüber das Geschütz vom Kreuzen alliierte Kriegsschiffe vor der Elbmündung. An eine Blockade der deutschen Küste oder eine Unterbindung der Handelsflahrt wurde nicht gedacht.

### Die Sanktionen und die Börse.

Mit der gleichen Gelassenheit und ruhigen Anverzicht wie die Drobmannen der Entente nahm laut „Tag“ die deutsche Börse- und Geschäftswelt auch den Abbruch in London und die ins Werk gesetzten Strafmaßnahmen auf, die kaum mehr überflüssig konnten. Man wartet vollkommen ein, daß die Ablehnung der vernichtenden Forderungen trotz ihrer mäßigen Folgen einer Benennung unter das handelsliche Recht unbedingt voraussehen sei. Die ausländischen Zahlungsmittel ruhen zwar der Seilane durch eine Preisstetigkeit Rechnung, doch eine aus deren Ausmaße ebenso wie aus der Ausbreitung des Effektenmarktes keineswegs das Vorhandensein einer tatsächlichen Entmutigung hervor.

### In England ist man unzufrieden.

„Eine vollständige Kapitulation vor Frankreich.“

London, 8. März. Der französische Rubel über das Schicksal der Konferenz wird hier nicht geteilt, und man sieht ein, daß man durch die Notwendigkeit, die französische Allianz zu erhalten, in ein feindliches unprofitables Abenteuer

### Endlicher Bruch mit deutscher Schwachpolitik.

Die brutale Zurechtweisung der Dreierverbände an unsere Abordnung in London, das jedem Recht hochsprachende Pariser Gewaltakt für Deutschlands ewige Verfallung zu unterschreiben, scheint — wenn nicht alles trägt — endlich die einzig angemessene Zurückweisung gefunden zu haben. Denn nicht anscheinend neu aufgetauchte Proporzformverhandlungen abermals einen schmachvollen und für Deutschland verberlichen Ausgang nehmen!

Unsere Abgeordneten gingen so weit, daß sie bereit waren die Pariser Beschlüsse als Grundlage für die von Deutschland zu übernehmenden Verpflichtungen zum wesentlichen Teile anzunehmen. Aber sie konnten auf die Voraussetzungen dafür und auf die vernünftige Regelung der Leistungen nicht verzichten und deshalb haben sie sich als ehrliche Männer geäußert, zu unterschreiben.

Damit haben sie den Willen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes vollzogen und die feierlich übernommene Pflicht erfüllt.

Der Vorkämpfer der alliierten Streitkräfte zur Besetzung Düsseldorf hat bereits begonnen. Die abnormale Bergewaltigung des deutschen Volkes ist also befohlen.

Geht die ideale Grundzüge des Welterbesprogramms, das im Verfall der Vertrag steht, gegen die Bedingungen des Verfall der Vertrag und gegen alle Menschlichkeit setzen die Alliierten in der letzten Zeit war ganz Deutschland hierauf gefaßt. Wir wissen, welche Leiden und Demütigungen uns bevorstehen, und wir wissen auch, daß wir noch nicht am Ende dieser Reihe von Demütigungen angelangt sind. Aber trotzdem sind gerade aus dem der Besetzung verfallenen Gebiet die lautesten und feurigsten Rufe nach Festhalten erfolgt, zeigt sich gerade dort die größte Entschlossenheit, auszuhalten und lieber der Gewalt zu erliegen, als Ehre und Volkstum preiszugeben.

Die andern Deutschen, die die fremde Soldatenmacht nicht spüren, werden unseren Volksgenossen am Rhein sich würdig erweisen. Sie werden in Treue zu ihnen halten und alles tun, um ihnen ihr Los zu erleichtern. Und sie werden nicht ruhen, bis das Verbrechen, das legt an unserem Volk von den Feinden verübt wird, gelüht wird ebenso wie das Verbrechen des Verfall der Friedensbündnisse.

Die Stimme des Protestes wird im deutschen Volk niemals erstickt werden können. Immer wieder und immer lauter, immer nachdrücklicher werden wir fordern, uns das Recht zuteil werden zu lassen, das uns beim Willensschwachsinn in den vierzehn Wilson-Punkten ausdrücklich zugesprochen worden ist.

Niemals wird das deutsche Volk als Recht anerkennen, was ihm in Versailles und jetzt durch die gewalttätige Besetzung weiteren deutschen Gebietes angetan worden ist, und niemals wird es dies ihm Angetane verzeihen, selbst wenn die Verhandlungen in der nächsten Stunde schon wieder aufgenommen werden sollten.

Es geht wieder etwas von der Stimmung des Jahres 1914 über unsere Reihen. Wir wissen trotz Kommunisten und ähnlich Gesinnter, daß wir ein Volk sind, und wir wissen, daß in uns unverändert stark der Wille liegt, unser Platz in der Reihe der großen Kulturvölker unverfälscht wiederzugewinnen.

Es ist dies die Stimmung und der Wille, womit ganz Deutschland den „Sanktionen“ gegenübersteht.

Aber wir müssen uns auch weiterhin zu entschlossener Rechenschaft überantworten. Die alliierten Mächte haben den Pariser Vertrag gebrochen. Nach demselben Recht verdient es dadurch auch für uns keine Gültigkeit. Dies müssen wir erklären. Nur dadurch gewinnen wir eine neue, für die Zukunft ungenügende wertvolle Rechtskraft. Und die Gegenproportionalen gegen die Kriegsschuld sind fast mit allen dokumentarischen Mitteln eingelesen, um das Festbestehen gründlich zu sichern. Es bleibt keine Zeit zu verlieren, und die Gelegenheit ist so günstig wie nie. Auf Amerika aber sollten wir nicht rechnen, sondern nur auf uns selbst bauen.



# Letzte Depeschen

## Belagerungszustand im neubefestigten Gebiet.

Jeder Streik wird verboten.

Düsseldorf, 9. März. Der Oberbefehlshaber der alliierten Besatzungsmächte General Dequante erteilt eine Verordmung, in der die Verhängung des Belagerungszustandes für die befestigten Städte angedroht wird. Jeder Streik wird verboten. Die Beamten versehen ihren Dienst unter der Kontrolle der Besatzungsbehörden weiter. Der Eisenbahnbetrieb nach und von dem besetzten Gebiet ist verboten, ausgenommen die internationalen Züge und die Postverkehre. Jede Person muß einen Personalausweis bei sich führen.

Beschränkungen bezüglich des Nachrichtenverkehrs sind ebenfalls nicht aufzuheben. Post-, Fernsprech- und Telegraphenverkehr sind gestattet, aber einer Kontrolle unterworfen. Die Zahl der Postbeamten wird von der Besatzungsbehörde festgesetzt. Jeder Postbote darf nur einen Säkel und einen Koffer bei sich führen. Die Zahl der ausschließlich französischen Postbeamten in Düsseldorf beschränkt sich auf 3000 Personen. Die zum Sonntag einberufene Provinziallandtag darf nur seinen Zweck gegen die Besatzungsbehörden verfolgen werden. Der Diskriminierungsbescheid von Düsseldorf ist General Dequante.

## „Das Regime der Freiheit und Ordnung.“

Wien, 9. März. General Dequante ließ in Düsseldorf, Duisburg und Mülheim eine Proklamation an die Bevölkerung ausgeben, in der es u. a. heißt: Diese Proklamation dient in erster Reihe einem feindsidigen Akt gegen die Bevölkerung, unter der Bedrohung, daß die Maßnahmen streng beobachtet werden, die die Militärbehörden als unentbehrlich betrachten und beschließen werden, wird das Wirtschaftleben in der Gegend in seiner Weise beeinträchtigt werden. Ein solches Verhalten wird nicht nur die Gegend zu verlassen, sondern die alliierten Behörden sind auch bereit, ihnen zu helfen, um ihr Schicksal zu verbessern, insbesondere um ihre Lebensmittellieferung zu sichern. Das alliierte Kommando hofft, in dem besetzten Gebiet ein Regime der Freiheit und Ordnung (1) einzuführen, in dem die Wohlfahrt des Landes (1) sich weiter entwickeln kann.

## Meinungsverschiedenheiten über die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen.

Bonn, 9. März. (Ein. Drahtber.) Heute findet eine Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten zwecks Beschlusses über die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen statt. Es machen sich große Meinungsverschiedenheiten geltend. Man glaubt, daß die verschiedenen Differenzen vorläufig zu einer Einigung nicht führen.

## Die Eingriffe in die deutsche Zollhoheit.

Wien, 9. März. (Ein. Drahtber.) In Zusammenhang mit der Besatzung des Rheins werden die Befugnisse der internationalen Rheinkommission gestiftet. Gegen unzulässige Zollbesuche sind Strafen von 5 Jahren Gefängnis und 5000 A Geldstrafe festgesetzt.

## Der Schnitt ins eigene Fleisch.

Paris, 9. März. (Ein. Drahtber.) Der frühere Finanzminister A. L. hat sich die Errichtung der Zollzone rechts des Rheins angedacht, weil sie für Frankreich ungünstig verhängnisvoll sein würde, auch für Deutschland.

## Die Abzugsgebühren amtlich benannt.

Berlin, 9. März. Eine amtliche Bekanntmachung der Marineleitung bestätigt, daß die Gebühren vom Eintreffen

unter die Räder des D-Rades genommen.  
\*\* Halle, 9. März. Auf der Rückfahrt von Hannover ist am Freitag der Bahnverkehr gestoppt. Leiter des Bundesverbandes der Eisenbahnen, in Göttingen, ist durch den Reichsausschuss für Eisenbahnen, der schon am Freitag in Berlin die D-Raumverhältnisse als Direktor abgesetzt wurde, unter die Räder und wurde tödlich überfahren.  
Grosfener.

\*\* Reib, 8. März. Ein Schadenfeuer brach heute vor-mittags in einem Gebäude der Holzhandlung von Gebrüder Drey aus. Infolge der reichen Naturha, die das Feuer hier fand, breitete es sich mit großer Geschwindigkeit aus. Es konnte jedoch im Laufe des Nachmittages wieder gelöscht werden.

## Restnahme eines Stillschließungsvertrages.

\*\* Naumburg, 9. März. Am Samstagabend wurde hier ein älterer Mann festgenommen, der sich an Mädchen von 10 bis 12 Jahren vergriffen hat. Das Scheusal war bereits vor dem Kriege wegen deraufliegenden Stillschließungsvertrages bestraft und ist nun wiederum hinter Gitter und Kiesel gesetzt worden.

## Aufenthaltsverbot.

\*\* Naumburg, 8. März. Auf der Straße Senne-Gülden ist in der Dinstagsnacht 600 Meter (ca. 15 Kilometer) aufgehängt und 3 Vorkantons. Infolge von der Letzten Nacht-Senne-Gebühren erhebliche Schäden an der Straße entstanden. Da erst vor 6 Wochen an dieser Straße der Draht aufgehoben ist, dürfte es sich wieder um die gleichen Täter handeln, auf deren Ermittlung eine große Verlohnung ausgesetzt ist.

## 900 A im Betanruf verhaftet.

\*\* Naumburg, 4. März. Eine etwa 50jährige Dame von hier hatte kürzlich in einer Fremdenpension eine auswärtige Dame kennen gelernt und nahm occasionell eines gemeinsamen Besuchs, den sie bei Bekannten machten, die Gelegenheit wahr, der Dame aus ihrer Kammer einen Schmuckstein und zwei Perlenkettchen mitzuführen. Als die Dame den Verlust bemerkte, rief sie mit ihr zur Polizei, um die Sache zur Anzeige zu bringen. Sie bot hier auch ihre Handlung zur Untersuchung an, worin sich natürlich nichts vorfinden, wohl aber in ihrem Kammerkasten eine Untersuchung unterzogen wurde. Inzwischen ist im aufmerksamen Ratter die Sache. Sie war nunmehr gefanda, ab aber an, daß sie aus fruchtlosem Triebe behandelt habe, wozu auch frühere ärztliche Untersuchungen als Inhalt dienen sollten. In der Folge wurde sich die Dame in der Folge an erkränkte. Sie ward aber, da dies bei Tage geschah, keine und bei der Senne wieder betrauert. Die über sie ein-

stärkster Kräfte vor Gerichten zwecks Verhängung eines Strafbefehls unzulässig sind. Der Antrag auf den Weg durch den Rier Kanal nach Kopenhagen in Gerichten ein-bekannt englische Kreuzer „Corbetta“ sei bei den deutschen Behörden ordnungsmäßig angemeldet.

## Ein Unglücksfall für ganz Europa.

Wien, 9. März. Der „New York Post“ schreibt: Es ist kein Wort darüber zu vernehmen, daß der Versuch der Londoner Konferenz für ganz Europa einträglich ist, einfach deshalb, weil ein neuer Weg für Balkanverträge und Friedensstimmung eröffnet wird. Es ist eine Verwirklichung, daß die Alliierten zu Avancenmaßnahmen überzogen sind, nachdem die Verhandlungen über den Schadenersatz schlesisch-gefallen sind. Der erste Tag der Beschlüsse 1921 der Alliierten war ein Unglücksfall für ganz Europa.

## Begehrter Empfang der deutschen Delegation in Elberfeld.

Elberfeld, 9. März. Der Bonnerer Tag mit den deutschen Delegationen nahm heute Vormittag in Elberfeld bei der ersten anwesenden deutschen Delegationen statt. Eine außerordentliche Menge begrüßte Minister Simon mit besonderem Interesse an der Delegation. Der Oberbürgermeister ließ den Minister willkommen, während ein Pressevertreter ihm zu seiner letzten Stellung in London Begrüßung. Der Minister dankte herzlich dem Bürgermeister, die Delegationen hätten in London einen noch nie freudig empfunden. Es sei aber unmöglich gewesen, mehr zu verfahren als Deutschland zu halten im Stande wäre. Das Verbleiben mehr aber als überleben, wenn nur alle Deutschen zusammenkommen. Mit beglückten Grüßen wünschte er die Bevölkerung des Rheinlandes dar. Darauf verließ der Tag die Halle.

## Der spanische Ministerpräsident Dato ermordet!

Madrid, 9. März. Als Ministerpräsident Dato gestern im Kraftwagen von Senat nach seiner Wohnung zurückfuhr, folgte ihm drei Unbekannte, vermutlich Gewerkschafter, im Motorwagen, hielten sein Auto in der Nähe der Carranstraße ein und gaben 27 Revolverkugeln auf den Ministerpräsidenten ab. Dessen Chauffeur fuhr mit größter Geschwindigkeit nach der nächsten Unfallstation, wo die Verletzten erhalten, darunter drei tödliche. Eine Kugel war zwischen die Rippen gedrungen, eine andere in den Unterleib. Die Angreifer hatten die Augen an der Spitze abgedeckt, um sie in Dummig-Gesicht zu verdecken.

Mehrere Minister begaben sich nach der Unfallstelle. Der Minister des Innern benachrichtigte den König. Von den Angreifern sieht jede Spur.

## Troßki zum Diktator ernannt.

Göteborg, 9. März. Infolge der ersten Lage hat der Rat der Bolschewikisten Troßki zum Diktator der Sowjetrepublik ernannt und mit unbefristeter Vollmacht ausgestattet. Troßki ist aus Moskau nach Petersburg abgereist.

## Auch die Oberpfälzer in der Diktatur stimmen ab.

Breslau, 9. März. (Ein. Drahtber.) Verhandlungen mit der Prager Regierung führten zu dem Ergebnis, daß die in Frage kommenden tschechoslowakischen Staatsangehörigen einschließlich derjenigen des Südtiroler Ländchens an der Abstimmung ihres Stimmrechts bei der oberpfälzischen Abstimmung nicht gehindert werden.

## Wom Landwirtschaftlichen Verein.

+ Weiskirchen, 4. März. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen hat Herrn Kantor A. H. Quack in Weiskirchen für landwirtschaftliche Schriftführer und Kassierer des landwirtschaftlichen Vereins der Kreise Weiskirchen-Weiskirchen als Kassierer für Weiskirchen und die Landwirtschaft, berufen.

## Volkswirtschaft — Handel — Verkehr

### Vom Häutemarkt.

Die 18. Häute- und Felle-Auktion des Allgemeinen Häuteverwertungsverbandes A. m. b. H. fand am 8. März in Weiskirchen statt. Am Anzeigebogen kamen etwa 30 000 Stück Großviehhäute. Der Verlauf der Auktion war wie immer, ist jedoch war die Nachfrage weniger reger und die Preise der Gebote erstellte Anonimen Gebote Gewichte verloren, darunter über die Februar-Auktion 20 bis 40 Prozent und mehr, mittlere und kleinere Gewichte 10 bis 20 Prozent. Es erzielte: Ochsenhäute von 21—29 Pfund mit und ohne Kopf 6,90 M., do. 30—49 Pfund ohne Kopf 6,50 M., do. mit Kopf 5,20 M., do. 50—59 Pfund ohne Kopf 6,30 M., do. mit Kopf 5,95 M., do. 60 Pfund ohne Kopf 6,80 M., do. mit Kopf 6,55 M., do. 80 Pfund und mehr mit und ohne Kopf 6 M., Wulsthäute 21—29 Pfund ohne Kopf 7,60 M., do. mit Kopf 6,70 M., do. 30—49 Pfund ohne Kopf 5,85 M., do. mit Kopf 5,70 M., do. 50—59 Pfund ohne Kopf 6,05 M., do. mit Kopf 4,40 M., do. 60—79 Pfund ohne Kopf 5,50 M., do. mit Kopf 3,95—4,10 M., Subhäute 21—29 Pfund ohne und mit Kopf 6,95 M., do. 30—49 Pfund ohne Kopf 6,35 M., do. mit Kopf 5,30—5,50 M., do. 50—59 Pfund ohne Kopf 6,70 M., do. mit Kopf 5,20—5,25 M., do. 60—79 Pfund ohne Kopf 5,60 M., do. mit Kopf 5,65 M., do. 80 Pfund und mehr mit Kopf 5,75 M., Fellenhäute 21—29 Pfund ohne Kopf 8 M., do. mit Kopf 7,55 M., do. 30—49 Pfund ohne Kopf 7 M., do. mit Kopf 5,85—5,95 M., do. 50—59 Pfund ohne Kopf 6,85 M., do. mit Kopf 6,25 M., do. 60—79 Pfund ohne und mit Kopf 6,25 M., Fellehäute bis 20 Pfund 8,90 M. ohne Kopf, do. 8,90 M. mit Kopf. Die Preise verstehen sich für die Pfund. Das anzuweilende Gebote erstellte ähnliche Preise.

## Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

Verantwortliche: Sebastian Volpert, Druck und Verlag: Verlag „Die Post“ — Elberfeld. Druck und Vertrieb: Verleger: Dr. Carl und Verlagsanstalt 2. Platz, Elberfeld in Weiskirchen.







# Ämtliche Anzeigen

## für den Kreis Merseburg.

Erscheint **Mittwochs und Sonnabends.** — Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten zum Preise von 2,40 Mk. vierteljährlich oder 80 Pfg. monatlich.

Stück 15.

Merseburg, 9. März

1921.

### 94 Schutz der trigonometrischen Punkte.

Die seit einigen Jahren von der trigonometrischen Abteilung der Landesaufnahme ausgeführten Prüfungen von trigonometrischen Punkten haben ergeben, daß die Marksteine zum Teil ganz verschwunden, zum Teil aus dem Acker herausgenommen und im Graben niedergelegt, zum Teil an Ort und Stelle vergraben sind.

Die Besitzer der anliegenden Grundstücke werden hierdurch darauf hingewiesen, daß die Marksteinflächen, d. i. die kreisförmige Bodenfläche von zwei Quadratmetern um den Markstein Eigentum des Staates und von der Bewirtschaftung ausgeschlossen ist. Diese Schutzfläche darf nicht vom Acker befreit, auch nicht abgebaut werden. Zuwiderhandlungen werden nach § 370, Absatz 1 des Reichsstrafgesetzbuches mit einer Geldstrafe bis zu 150  $\mathcal{M}$  bestraft.

Wer einen Markstein beschädigt oder verrückt, kann auf Grund des § 304 a. a. D. mit Gefängnis bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 1500  $\mathcal{M}$  bestraft werden. Durch die geringste Verschiebung des Marksteins ist der trigonometrische Punkt zerstört und kann nur unter Aufwendung von erheblichen Kosten wieder hergestellt werden.

Da es auch wiederholt vorgekommen ist, daß Beschädigungen an Marksteinen von Kindern verübt worden sind, bitte ich die Herren Schulleiter bezw. Lehrer, die Kinder entsprechend belehren und auf die Bedeutung der Steine hinweisen zu wollen.

Die Gemeinde- und Gutsvorstände und die Landjäger ersuche ich, mindestens alljährlich einmal über die in ihren Bezirken vorhandenen Marksteinen Kontrolle zu üben und Beschädigungen oder Verschiebungen an denselben zur Anzeige zu bringen. Nach dem Urheber derartiger Beschädigungen sind sofort Ermittlungen anzustellen und über deren Ergebnis hierher zu berichten.

Merseburg, den 4. März 1921.

Der kommissarische Landrat.  
Dr. Lehnsdorf.

### 95 Textilnotstandsverjorgung.

Der Verkaufspreis für den jetzt zur Verteilung kommenden selbstarauen Dreß beträgt nicht 11,70  $\mathcal{M}$ , sondern 12,10  $\mathcal{M}$  pro Meter, da den Kleinhändlern statt 20% nachträglich wieder 25% Zuschlag zum Einkaufspreise gewährt sind.

Merseburg, den 3. März 1921.

Der kommissarische Landrat.  
Dr. Lehnsdorf.

### 96 Betrifft: Landwirtschaftskammerwahlen.

Die Ausübung des Wahlrechts auf Grund von Wahlscheinen ist nicht zulässig. Der Wähler kann also nur in dem Orte wählen, in dessen Wählerliste er eingetragen steht.

Die Herren Wahlvorsteher mache ich hierauf besonders aufmerksam.

Merseburg, den 3. März 1921.

Der kommissarische Landrat.  
Dr. Lehnsdorf.

97 Der Provinzialdirektor Haaring in Papp ist von mir zum kommissarischen Gemeindevorsteher für die Gemeinde Altkirchberg bestellt worden.

Merseburg, den 26. Februar 1921.

Der kommissarische Landrat.  
Dr. Lehnsdorf.

### 98 Polizeiverordnung.

Auf Grund der §§ 6 und 5 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetzsammlung Seite 28) und des § 142 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetzsammlung Seite 195) wird

für den Umfang des Kreises Merseburg unter Zustimmung des Kreis-Ausschusses nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

Der unbefugte Aufenthalt in der Flur, sowie das Betreten der nicht öffentlichen Wege wird für den Bereich des Kreises Merseburg während der Zeit von abends 9 Uhr bis morgens 5 Uhr verboten.

§ 2.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden, soweit nicht nach dem Reichsstrafgesetzbuch höhere Strafen verwirklicht sind, mit Geldstrafe bis zu 30  $\mathcal{M}$ , an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt, bestraft.

§ 3.

Vorstehende Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntgabe im Kreisblatt in Kraft.

Merseburg, den 8. August 1919.

Der Landrat des Kreises Merseburg.

J. B.: (gez.) Dr. Moske, kommissarischer Landrat.

Vorstehende Polizeiverordnung wird hiermit in Erinnerung gebracht.

Merseburg, den 4. März 1921.

Der kommissarische Landrat.  
Dr. Lehnsdorf.

### 99 Bestätigung von Amtsvorsteherwahlen.

Der Herr Oberpräsident hat die Wahl des Drebers Hermann Stiebig in Corbetha zum Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Schkopau und des Lagerhalters Hermann Winkler in Großdröben zum Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Großdröben bestätigt.

Merseburg, den 9. März 1921.

Der kommissarische Landrat.  
Dr. Lehnsdorf.

### 100 Bekanntmachung.

Der Stadtkreis Merseburg bildet mit dem Landkreise Merseburg gemäß § 12 der Wahlordnung für die Landwirtschaftstammern vom 6. Januar 1921 (Weiz. S. 44 ff.) einen Wahlbezirk mit der bisherigen Zahl der zu wählenden Mitglieder und dem bisherigen Wahlkommissar.

Magdeburg, den 3. März 1921.

Der Oberpräsident.  
J. A.: gez. Freyer.

Veröffentlicht:

Merseburg, den 5. März 1921.

Der kommissarische Landrat.  
Dr. Lehnsdorf.

### 101 Ausgestellte Wahlscheine für die Wahlen zum Preussischen Landtage.

Die Magistrate und die Herren Gemeinde- und Gutsvorsteher des Kreises ersuche ich hierdurch,

bis zum 15. d. Mts.

hierher zu berichten,

wieviel Wahlscheine zu den Wahlen zum Preuss. Landtag von ihnen ausgeleitet worden sind.

Genaue Innehaltung des gesetzten Termins ist unbedingt erforderlich, einer Fehlanzeige bedarf es nicht.

Merseburg, den 9. März 1921.

Der kommissarische Landrat.  
J. B.: Kärnen, Kreisdeputierter.

Merseburger Druck- und Verlags-Anstalt L. Volk.